

Ein derartiger Haushalt würde, so ein weiteres Argument, die häufig ineffiziente humanitäre UN-Verwaltung nur vergrößern und die Zentralisierung des globalen humanitären Systems verstärken. Fehlentscheidungen dieser Verwaltung, der UN-Hilfsorganisationen und von OCHA würden im Vergleich zum jetzigen System in einzelnen Krisen auch entsprechend größere negative Auswirkungen haben.

Schließlich wird argumentiert, dass auf lange Sicht Geberregierungen an einem Pflichtbeitragshaushalt nicht interessiert seien. Eine realistische Reformdiskussion sollte sich deshalb auf eine bessere Nutzung existierender und auf die Einführung neuer Finanzinstrumente konzentrieren, wie beispielsweise die Einführung einer Versicherung gegen Naturkatastrophen oder von weltweiten humanitären Steuern in Anlehnung an die Modelle der ›Robin-Hood-Steuer‹ und ›Tobin-Steuer‹. Beide Modelle schlagen vor, alle internationalen Geldtransfers mit einem geringen Satz zu besteuern und mit den Erlösen soziale und ökologische Projekte zu fördern.

In der Tat lehnen Geberregierungen zurzeit diesen humanitären Haushalt ab, weil sie auch in Zukunft diese Hilfe als Instrument ihrer jeweiligen außenpolitischen Interessen in bestimmten Krisengebieten benutzen wollen. Staaten hingegen, die überhaupt keine oder sehr wenige humanitäre Mittel bereitstellen, lehnen diesen Haushalt ab, weil er ihre Ausgaben erhöhen würde.

Nicht nur Staaten, sondern auch die Mehrheit der NGOs lehnen diesen Haushalt ebenfalls ab – allerdings aus anderen Gründen. Sie befürchten, dass er ihre Verhandlungsposition sowohl gegenüber Geberregierungen als auch gegenüber UN-Hilfsorganisationen schwächen würde. Der Haushalt würde, so ihr Argument, die Flexibilität von Regierungen reduzieren, humanitäre NGO-Projekte zu finanzieren.

## Überfällige Debatte

In einem UN-Pflichtbeitragshaushalt würden Staaten anerkennen, dass humanitäre Hilfe zum Überleben notwendig ist und primär nicht mehr auf der Grundlage einer karitativen freiwilligen Motivation basiert. Dieser Haushalt würde – ähnlich wie der Sozialstaat – lebensnotwendige Hilfsleistungen nicht mehr staatlicher und privater freiwilliger Fürsorge überlassen, sondern zu einer staatlichen und internationalen Aufgabe erklären. Eine noch nicht vorliegende detaillierte Ausarbeitung verschiedener Varianten eines neuen humanitären UN-Pflichtbeitragshaushalts wäre notwendig für eine Debatte über die überfällige grundlegende Reform des globalen humanitären Finanzsystems.

## Drei Fragen an Ursula Müller

**Welches persönliche Ziel haben Sie sich für Ihre Arbeit im Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) gesetzt, was ist Ihre Priorität?**

Ich möchte dazu beitragen, dass die Relevanz der Vereinten Nationen gestärkt wird und sie effizienter arbeiten. Die Reformagenda des UN-Generalsekretärs António Guterres möchte ich gerne unterstützen. Der allgemeine Zeitgeist scheint eine Renationalisierung zu sein. Deswegen ist es wichtig, ihm entgegenzuwirken und die Effektivität internationaler Institutionen zu beweisen.

**Wie versucht OCHA den aktuellen humanitären Krisen in Jemen, Ostafrika und Syrien zu begegnen?**

António Guterres hat die Warnsignale erkannt, auf die OCHA aufmerksam gemacht hat, und sich an die UN-Mitgliedstaaten gewandt. Um die Hungerskatastrophe für 20 Millionen Menschen in Jemen, im Nordosten Nigerias, in Somalia und in Südsudan abzuwenden, liegt der sofortige Finanzierungsbedarf bei 4,4 Milliarden US-Dollar. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, dass OCHA die humanitäre Hilfe koordiniert und auch mit humanitären Akteuren vor Ort die Bedarfe analysiert. OCHA kann den UN-Generalsekretär direkt, aber auch den Sicherheitsrat auf potenzielle Krisen aufmerksam machen.

**Gibt es Ihrer Meinung nach einen Reformbedarf bei OCHA und der humanitären Krisenbewältigung?**

Es wird auch zu meiner Aufgabe gehören, bei OCHA Reformen zu starten, denn wir sind fast ausschließlich durch freiwillige Beiträge finanziert. Nur fünf Prozent von OCHA kommen aus dem regulären Budget der Vereinten Nationen. Insofern müssen wir auch wirklich schauen, dass OCHA zukunftsfähig ist, um Geber zu überzeugen, uns weiterhin zu finanzieren. Aber ich höre von allen Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen, dass OCHA eine einzigartige Verantwortung hat und dem Amt eine einzigartige Rolle zukommt bei der Koordinierung der internationalen humanitären Hilfe. Denn Koordinierung bedeutet den effektiven Einsatz der Mittel. Bei der Bedarfsanalyse, bei Finanzierungsappellen aber auch bei der Überwachung und der Auswertung unserer Arbeit müssen wir Rechenschaft gegenüber den Bedürftigen ablegen, für die die humanitäre Hilfe geleistet wird.

Die Langfassung des Interviews ist im YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN) einzusehen unter [www.youtube.com/watch?v=AxlArl\\_Dusk](http://www.youtube.com/watch?v=AxlArl_Dusk)



**Ursula Müller,** geb. 1957, ist seit März 2017 Beigeordnete Generalsekretärin für humanitäre Angelegenheiten und stellvertretende Nothilfe Koordinatorin im Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA).